

MOMPER UNTERSCHREIBT GESETZ TROTZ ABSTIMMUNGSSKANDAL

CDU fordert Aufklärung zur Absenkung des Wahlalters



Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Nicolas Zimmer, erklärt zum Abstimmungsskandal:

Die CDU-Fraktion wird die Verfassungsmäßigkeit der Abstimmung im Abgeordnetenhaus zur Absenkung des kommunalen Wahlalters auf 16 prüfen. Während der Sitzung des Abgeordnetenhauses Mitte September hat Parlamentspräsident Momper (SPD) eine Abstimmung - wie von SPD und Linkspartei.PDS gefordert - widerrechtlich wiederholen lassen, nachdem die erforderliche verfassungsändernde Mehrheit von 94 Stimmen verfehlt worden ist. Gerade bei einer Verfassungsänderung, wo es um die Grundlagen unserer Demokratie geht, ist ein solches Verhalten besonders skandalös. Hintergrund der Wahlwiederholung war der Umstand, dass nicht genügend Abgeordnete der Regierungsfaktionen von SPD und Linkspartei.PDS im Ple-

num waren - sogar Momper höchstpersönlich hatte die Abstimmung versäumt. Um diese peinliche Niederlage möglichst schnell aus der Welt zu schaffen, behauptete man, die Abstimmungsanlage hätte einen technischen

jeder Parlamentssitzung auf Fehlfunktionen überprüft wird. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die Abstimmung ordnungsgemäß zustande gekommen war. Eine Wiederholung der Wahl hätte deshalb nicht stattfinden

Schaden zugefügt. Das Abgeordnetenhaus darf nicht den Ruf einer zweiten Volkskammer erhalten, in der solange gewählt wird, bis SPD und Linkspartei.PDS das Ergebnis gefällt. Die CDU-Fraktion hat ein Gutachten vom Wissenschaftlichen Parlementsdiens in Auftrag gegeben, das derzeit noch in Arbeit ist. Vom Ergebnis hängt ab, ob die CDU gegen die Art und Weise der Abstimmung rechtlich vorgehen und das Verfassungsgericht anrufen wird. Ungeachtet dessen hat Parlamentspräsident Momper das Gesetz unterschrieben und ausgefertigt und eine rechtliche Prüfung gar nicht erst abgewartet. In diesem Zusammenhang muss noch einmal an den unsäglichen Ausspruch von SPD-Bildungssenator Böger während der Parlamentssitzung vom 14. April 2005 erinnert werden. Dort sagte er laut Wortprotokoll: „In der Demokratie geht es nicht um Wahrheiten, sondern um Mehrheiten.“ Rot-Rot hat offensichtlich ein Problem mit der Wahrheit und mit der Demokratie.



Was würde Freiherr vom Stein wohl über Momper denken? Überlebensgroß und in Bronze wacht der Streiter für die politische Selbstverwaltung vor dem Abgeordnetenhaus.

Defekt gehabt. Und das, obwohl sie von der Verwaltung des Abgeordnetenhauses vor

dürfen. Herr Momper hat durch seine Verfahrensweise der Demokratie schweren

In Kürze

Mehrheit will Große Koalition

Nach einer Umfrage von Infratest trifft eine große Koalition auf Zustimmung in der Bevölkerung: Für eine knappe Mehrheit der Deutschen (52 Prozent) ist ein Bündnis der beiden Volksparteien die beste Regierungskonstellation für das Land. Ein Fünftel (20 Prozent) würde die so genannte „Jamaika-Koalition“ aus Union, FDP und Grünen bevorzugen. Jeweils jeder Zehnte ist der Meinung, dass eine Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP (11 Prozent) bzw. ein Zusammengehen von Rot-Grün mit der Linkspartei (9 Prozent) Deutschland am ehesten nach vorne bringen würde.

Lafontaines Ansehen

Das Ansehen von Oskar Lafontaine befindet sich im Sturzflug. Das hat das angesehene Institut für Demoskopie Allensbach ermittelt. Das Institut verglich aktuelle Umfrageergebnisse für den PDS-Spitzenkandidaten und früheren SPD-Vorsitzenden mit Werten aus dem Jahr der Bundestagswahl 1998. Ergebnis: 48 Prozent der Befragten bezeichnen Lafontaine heute als „berechnend“ (1998: 28%); als „überheblich“ 46 % (1998: 22%); als „wechselhaft, unbeständig“ 45% (1998: 15%); als „eitel“ 44% (1998: 29%). „Hat keine eignen Grundsätze; macht nur das, was gut ankommt“ sagten 35 % (1998: 15%).

Sarrazins Giftliste

Finanzsenator Sarrazin will weitere 163 Mio. Euro in den Berliner Bezirken einsparen. Besonders hart betroffen: Jugendarbeit (minus 33 Mio. Euro) und Volkshochschulen (minus 6,1 Mio. Euro). Beim Musikunterricht setzt Sarrazin ebenfalls den Rotstift an - 3,4 Mio. Euro weniger. Quelle: B.Z.

FIFA-WM 2006: Körtings rüde Sparfouls

Gut acht Monate vor Beginn der Fußball-WM 2006 setzt Innensenator Körting zur Blutgrätsche gegen die eigenen Mitspieler an. Denn die unseriöse Haushaltsplanung des rot-roten Senats hat höchstens Kreisklasseniveau und gefährdet die Einsatzfähigkeit der Berliner Polizei ausgerechnet im Jahr der Weltmeisterschaft in Deutschland.

Der CDU-Generalsekretär und innenpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Frank Henkel, erklärte zur dramatischen Finanzlage der Berliner Polizei: „Schon der reguläre Haushalt der Polizei weist ein Defizit von annähernd 20 Mio. Euro auf. So ist z.B. der Ansatz für die Ausstattung der Beamten von 5,4 Millionen Euro im Jahr 2004 auf drei Millionen Euro im kommenden Jahr zurückgegangen;

auch bei Fahrzeugmieten und -unterhalt wird drastisch gespart.“ Doch nicht genug: Der von der CDU immer wieder geforderte WM-Sonderhaushalt im Bereich der Inneren Sicherheit ist vom Senat bisher entschieden abgelehnt worden. Dabei ist der Handlungsbedarf riesengroß. Den erwarteten Kosten von rund 4,3 Mio. Euro für Unterstützungskräfte stehen Mittel in Höhe von gerade einmal 485.000 Euro gegenüber. Zum Vergleich: Allein der Einsatz der Berliner Polizei beim Oberligaspiel 1. FC Union gegen BFC Dyna-

mo vor wenigen Wochen hat Kosten von insgesamt 140.000 Euro verursacht. Wohlgermerkt - für ein Spiel der 4. Liga mit rund 14.000 Zuschauern!



Die Sicherheitslage bei der Fußball-WM im nächsten Jahr ist damit nicht zu vergleichen. Dann ist Berlin im Visier von Terroristen,

Hooligans und Kriminellen. Hinzu kommen möglicherweise brisante Konstellationen: England und die USA haben ihr Ticket für Deutschland ebenso gelöst wie Iran und Saudi-Arabien.

Henkel: „Angesichts der mangelhaften personellen und materiellen Ausstattung steht die Polizei vor gewaltigen Herausforderungen. So werden die Polizeibeamten schon vor dem Anpfiff mit scharfen Rückpässen in Bedrängnis gebracht, die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner steht im Abseits. Eines ist klar: Ein Team kann nur befreit aufspielen, wenn es Rückendeckung durch den Trainer und das Management bekommt. Dank Körting reicht es bei unserer Polizei vielleicht nicht einmal mehr für die Fahrt mit dem Mannschaftsbus zum Stadion.“